Statement

Parteijugend gegen Uploadfilter

Die Junge Union und die JUSOS in Castrop-Rauxel sprechen sich gemeinsam klar gegen Uploadfilter im Internet aus. Damit nehmen sie Bezug auf die geplante neue Urheberrechtslinie der Europäischen Union und den darin enthaltenen umstrittenen Artikel 13, dessen Umsetzung auf Uploadfilter hinausliefe.

Das hieße, dass wenn Nutzer auf Internetplattformen wie YouTube oder Instagram ihre Inhalte hochladen, vor der Veröffentlichung zuerst eine automatische Software auf etwaige Übereinstimmungen mit urheberrechtlich geschütztem Material prüfen und bei Übereinstimmung den Inhalt blockieren müsste.

Die Gefahr sehen JUSOS und Junge Union vor allem darin, dass nach gesetzeswegen legitime Weiterentwicklungen, wie Memes oder Kleinzitate in journalistischen Inhalten, von dem Algorithmus nicht von verbotenen Weiterbearbeitungen unterschieden werden könnten. Darüber hinaus ist die zugrundeliegende Technik, die die urheberrechtlich geschützten Inhalte blockieren sollte problematisch und unzuverlässig, sodass die Gefahr besteht, legale Inhalte zu filtern. Eine Vorabfilterung in diesem Sinne kommt der Zensur von Inhalten nahe und ist von Seiten der Jungen Union und den JUSOS abzulehnen. Zudem ist die Entwicklung solch eines Filters kosten- und ressourcenaufwendig, was großen Internetanbieter wie Google einen klaren Wettbewerbsvorteil verschafft.

Der Vorsitzende der Castroper JUSOS, Daniel Djan, führt dazu an:

„Das ist wieder mal ein Beweis dafür, was passiert, wenn Politiker sich um Bereiche der Politik kümmern sollen, von denen sie keine Ahnung haben. Dieser Uploadfilter ist ein tiefer, nicht zu akzeptierender Eingriff in die persönliche Freiheit der Bevölkerung. Selbstverständlich muss sichergestellt werden, dass Künstler für ihre Arbeit auch vernünftig bezahlt werden, aber dieser Versuch geht vollkommen an der Realität vorbei.“

Beiden Jugendorganisationen ist es wichtig, dass die junge Generation gemeinsam und mit einer Stimme gegen die geplante Urheberrechtsreform spricht, um auf die sich aus Artikel 13 ergebene Gefahren aufmerksam zu machen und somit womöglich einen Beschluss im Europäischen Parlament der neuen Richtlinie noch abzuwenden und Gelegenheit zu einer Überarbeitung mit dem Verzicht auf Uploadfilter geben.

Der Vorsitzende der Castroper Jungen Union, Robin Mainz, ergänzt dazu weiter:

„Wenn wir unsere Generation für Europa begeistern wollen, dann schaffen wir das sicher nicht, indem wir der ‚Generation Internet‘ dieses beschädigen. Ich freue mich darüber hinaus sehr über jede Anstrengung Uploadfilter im Zweifel auf nationaler Ebene zu verhindern und begrüße in dem Sinne den Vorstoß von Paul Ziemiak sehr. Besser wäre es in unserem europäischen Anspruch jedoch, wenn wir nicht bereits im Vorfeld EU-Politik auf nationaler Ebene korrigieren müssten. Damit schafft Europa sich kein europäisches Bewusstsein.“

Die Ausnahmeregelungen für kleine Betriebe im Internet greifen dabei nach Ansicht von Junger Union und JUSOS zu kurz. Es müssten drei Kriterien in Bezug auf Umsatz, Existenzdauer und Besucherzahl gleichzeitig erfüllt werden, um nicht für die Inhalte seiner Nutzer haftbar gemacht werden zu können.

Man finde, dass gerade StartUps, die für die Entwicklung des Internets immer von zentraler Bedeutung waren, der Einstieg unnötig schwer gemacht wird – einer der drei Hürden könnte relativ schnell erreicht werden, das sage aber noch wenig über die Größe des Unternehmens oder die wirtschaftliche Festigung im umkämpften Markt des Internets aus.

Die berechtigte Kritik an Artikel 13 sei zudem auch notwendig, trotz dessen, dass im Zuge der Proteste gegen die Reform der Urheberrechtslinie die Gegner des Artikels nicht immer sauber und fair sich dem politischen Wettbewerb gestellt hätten – sei es mit zu Teilen kursierenden Falschbehauptungen, wie einer drohenden politisch gesteuerten Zensur, oder auch der groß angelgelten Lobbykampagnen großer Internetkonzerne, die mit dem drohenden Untergang ihrer Plattformen warben. All dies ändere an dem Umstand, dass Artikel 13 so nicht beschlossen werden sollte, nach Meinung von JUSOS und Junger Union, nichts.

Übereinstimmend ist die Parteijugend der Meinung, dass der Artikel 13 der Urheberrechtsreform so einem modernen und freien Internet nicht gerecht werden kann und zwingend einer Überarbeitung bedarf.